



HINTERGRUNDPAPIER

APPELL

FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

Warum die Schweiz eine starke Entwicklungszusammenarbeit braucht.

«Mit aller Kraft muss sich die Schweiz für nachhaltige Entwicklung und globale Chancengleichheit einsetzen.»

Über Jahrzehnte veränderte sich die Welt in vielerlei Hinsicht zum Besseren. Wichtige Erfolge bei der Bekämpfung von Hunger und extremer Armut konnten erzielt werden. Die Alphabetisierungsraten und der Zugang zu Bildung sind stark gestiegen. Die Lebenserwartung hat sich weltweit verbessert, während die Geburtenraten sinken.

Doch seit einigen Jahren scheint die Welt aus den Fugen zu geraten. Der [Hunger nimmt wieder zu](#). Gründe dafür: gewalttätig ausgetragene Konflikte, zunehmende Wetterextreme wegen der Klimaveränderung und die verheerenden Folgen der Covid-19-Pandemie.

Bereits im ersten Pandemiejahr 2020 stieg die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu angemessener Ernährung haben, auf 2,37 Milliarden Menschen – ein [Anstieg um 320 Millionen](#) gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der hohen Verschuldung und fehlender staatlicher Mittel konnten viele Entwicklungsländer keine ausreichenden Corona-Stützungsprogramme aufgleisen. Gleichzeitig fehlt in vielen Ländern eine soziale Sicherung. In der Folge hat die Coronakrise die [weltweite Ungleichheit](#) noch einmal verstärkt – in Bezug auf die Verfügbarkeit von Impfstoffen und Medikamenten, den Zugang zu Ausbildung und angemessener Gesundheitsversorgung oder geeignete Jobs und Verdienstmöglichkeiten.

Mit dem Krieg in der Ukraine [verschlechtert sich die Lage zusätzlich](#). Der Krieg richtet immense Schäden an und führt zu massiver Flucht und Vertreibung. Die Auswirkungen des Krieges sind weltweit spürbar: Lebensmittel, Rohstoffe und Kunstdünger werden teurer und verschärfen die bestehenden Versorgungskrisen in Entwicklungsländern zusätzlich. Der [Wiederaufbau in der Ukraine](#) wird hunderte Milliarden kosten. Ebenfalls gigantisch sind die [geplanten Aufstockungen der Rüstungsetats](#) in vielen Industrieländern.

Angesichts der gegenwärtigen Mehrfachkrise gilt es nun umso mehr, Investitionen und politische Regulierung in Richtung soziale Wohlfahrt und weltverträgliches Wachstum, erneuerbare Energien und Klimaneutralität, menschliche Sicherheit und öffentliche Gesundheit, Umweltschutz und Biodiversität voranzutreiben. Denn wenn wir die grundlegenden Ursachen von Armut und Hunger und die Klimakrise jetzt nicht angehen, werden die gegenwärtigen Herausforderungen in Zukunft unüberwindbar.

Die Schweiz ist keine Insel. Wir sind Teil dieser Welt und von ihr abhängig. Deshalb verlangt die Bundesverfassung, dass die Schweiz zur Linderung von Not und Armut in der Welt beiträgt, sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzt und ein friedliches Zusammenleben der Menschen und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen fördert. Ohne eine starke Internationale Zusammenarbeit (IZA) ist dies nicht möglich.

Entwicklungszusammenarbeit allein reicht aber nicht: Mit der Unterstützung der UNO-Agenda 2030 und der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft für nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit einzusetzen. Damit der notwendige Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt, muss die Schweiz sämtliche Politikfelder auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz und weltweit ausrichten. Es betrifft die Handels- und Finanzpolitik, die Umwelt- und Klimapolitik, die Migrations- und Menschenrechtspolitik und die Gesundheits- und Landwirtschaftspolitik.

Vor bald sieben Jahren verabschiedete die UNO-Generalversammlung die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#) und rief zur «Transformation unserer Welt» auf. Kernstück sind die [Sustainable Development Goals \(SDGs\)](#) – 17 Ziele, die bis 2030 weltweit erreicht werden sollen. Alle UNO-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die drängenden Herausforderungen der Welt gemeinsam zu lösen. Die Agenda 2030 steht für eine sozial gerechte und friedliche Welt, in der niemand Hunger leiden muss und jeder Mensch in Würde leben kann, in der die Ökosysteme an Land und im Wasser geschützt sind und in der Konsum und Produktion die planetaren Grenzen nicht überschreiten.



Madina Muhuthage aus Hurucune, Mosambik, hat endlich Zugang zu sauberem Wasser.

© Ricardo Franco

Vor einem Jahr legte der Bundesrat seine [Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030](#) (SNE 2030) vor. Sie dient der Schweiz als zentraler Leitfaden für die Erreichung der SDGs. Schwerpunkte setzt die Strategie bei «nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion», bei «Klima, Energie und Biodiversität» und bei «Chancengleichheit und sozialem Zusammenhalt». Die gewählten Themenfelder sind zentral für die Schweiz. doch

die Strategie setzt vor allem auf Freiwilligkeit, [weist Lücken auf](#) und fasst heisse Eisen wie den Finanzmarkt nicht an. Dies, obwohl das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im [Bericht zum Klimawandel in der Schweiz](#) festhält, dass «der Schweizer Finanzmarkt nicht nur signifikant in die Erdöl- und Kohleförderung involviert ist, sondern sogar deren weiteren Ausbau mitfinanziert.»

Nachdem die Umsetzung der SDGs wegen der Coronakrise weltweit einen herben Dämpfer erlitten hatte – nicht zuletzt, weil wohlhabende Länder wie die

Schweiz zu wenig Fortschritte erzielen –, startete die UNO einen Weckruf, um der Agenda 2030 neues Leben einzuhauchen. Die im September 2021 vorgelegte [«Our Common Agenda»](#) propagiert einen inklusiven, effektiven und vernetzten Multilateralismus mit einer starken UNO, anstelle der nationalen Bestrebungen mancher Länder. «Business as usual» sei keine Option, betonte UNO-Generalsekretär António Guterres: «Unsere Welt steuert auf eine neue Abnormität zu: chaotischer, unsicherer und gefährlicher für alle».

Im Sommer 2022 legte Bundespräsident Ignazio Cassis vor der UNO-Staatengemeinschaft in New York nach 2018 den zweiten [Fortschrittsbericht der Schweiz](#) vor. Darin gibt sich [der Bundesrat zuversichtlich](#): Zwar gebe es auch in der Schweiz noch einige Herausforderungen zu bewältigen, insgesamt sei man bei der Umsetzung der Agenda 2030 aber auf Kurs, wenn auch langsam. Das vom Bundesrat optimistisch gezeichnete Bild ändert allerdings nichts daran, dass die Schweiz nach wie vor stark [«auf Kosten der Welt»](#) lebt. Die [negativen Auswirkungen \(negative Spillovers\) sind zahlreich](#) und [schaden ärmeren Ländern](#) und den internationalen Bestrebungen zur Erreichung der SDGs.

Beispiele für solche negativen Spillovers können sein:

- Import von Kleidung, Elektronik, Schmuck und weiteren Konsumgütern, die in vielen ärmeren Ländern oftmals unter menschenunwürdigen und umweltschädigenden Bedingungen hergestellt werden.
- Handelsabkommen ohne ausreichende soziale und ökologische Mindeststandards, die z.B. gesundheitsschädigende Pestizidausfuhren ermöglichen.
- Intransparente Rohstoffgeschäfte durch in der Schweiz ansässige Firmen, die in ärmeren Ländern mitunter mit Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden verbunden sind.

- Lückenhafte Geldwäschereibekämpfung sowie Steuerflucht durch Eliten in Entwicklungsländern, die durch fehlende Finanzplatzregulierung begünstigt wird.
- Fragwürdige Kreditvergaben durch Banken und Rohstoffkonzerne, die Verschuldung und Korruption statt eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern.
- Waffenexporte und die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern in unsichere Weltregionen, wo bereits Konflikte herrschen.

Neben dringlichen Fortschritten in Sachen politischer Kohärenz spielt Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor eine wichtige Rolle. Nachfolgend benennt Helvetas fünf Gründe, weshalb die Schweiz jetzt und im Verbund mit ihren europäischen Partnern ihre IZA ausbauen sollte.

GRÜNDE FÜR DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Humanitäre Krisen kommen häufiger vor, werden komplexer und machen Fortschritte zunichte. In vielen Teilen der Erde [verschärfen sich die humanitären Krisen](#): Dürre und Hunger am Horn von Afrika, Gewalt und Vertreibung in Myanmar, Zerfall der Wirtschaft und Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan, Kämpfe und fehlendes Essen im Jemen, politische Instabilität und gewalttätiger Extremismus in der Sahelregion. [345 Millionen Menschen sind akut von Hunger bedroht](#) und auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen – 200 Millionen mehr als noch vor der Coronapandemie und dem Kriegsausbruch in der Ukraine.

Trotz eindrucklicher Erfolge gibt es nach wie vor viel Armut: Viele Menschen bleiben auch nach jahrelangen Fortschritten in der Armut- und Hungerbekämpfung bitterarm und ohne ausreichende Lebenschancen. Besonders jungen Menschen fehlt vielerorts die Perspektive auf ein existenzsicherndes Einkommen. Noch immer lebt jeder zehnte Mensch von weniger als zwei Franken am Tag und gilt als «extrem arm». [3,3 Milliarden Menschen leben unter der Armutsgrenze der Weltbank](#) von 5,50 US-Dollar pro Tag. Das bedeutet, dass knapp die Hälfte der Weltbevölkerung ihre Grundbedürfnisse kaum decken kann. Frauen haben



© Patrick Rohr

Tagelöhnerinnen und Tagelöhner in Bahir Dar, Äthiopien, hoffen auf einen Job.

oft einen besonders schlechten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie selbstbestimmter Familienplanung.

Globale Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen: Manche Herausforderungen können nur gemeinsam angegangen werden, z.B. die weltweiten Migrationsbewegungen, die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen, globale Gesundheit und Pandemien sowie die Biodiversitäts- und Klimakrise. Die Erderwärmung befeuert häufigere und intensivere Extremwetterereignisse. Menschen in ärmeren Ländern leiden darunter besonders. Bis zum Jahr 2030 werden über 560 mittlere bis schwere Katastrophen pro Jahr prognostiziert, davon 90 Prozent klimatischer Natur, also Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen. Das sind 1,5 mittlere bis schwere Katastrophen pro Tag – ein [Anstieg von 40 Prozent](#) im Vergleich zu heute.

« Globale Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen. »

Die Schweiz hat ein großes Interesse an einer friedlichen und stabilen Welt: Die Schweiz ist ein [stark globalisiertes Land](#) und überdurchschnittlich stark auf Rohstoffe und Ressourcen aus anderen Ländern angewiesen. Stocken die globalen Produktions- und Lieferketten aufgrund von politischen Konflikten oder Umwelt Risiken, dann ist auch die

Schweiz davon betroffen. Die Auswirkungen schwacher Regierungsführung und zunehmender Ungleichheit führen dazu, dass [Konflikte immer öfter gewaltsam](#) ausgetragen werden. Der Klimawandel erhöht das Risiko von Krisen, Fragilität und Fluchtbewegungen zusätzlich. Setzt sich die Schweiz für Demokratie, Frieden und wirkungsvolle Regierungsführung ein, tut sie dies nicht nur aus Solidarität mit ärmeren Menschen, sondern stark im eigenen Interesse an einer friedlichen, stabilen und nachhaltigen Welt.

Internationale Zusammenarbeit ist erfolgreich und schafft nachhaltige



Kartonsammler in Buenos Aires, Argentinien. Den Karton verkauft er einem Recyclingzentrum.

Veränderungen: Über Jahrzehnte konnte die Internationale Zusammenarbeit kontinuierlich dazu beitragen, Fortschritte in der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung zu erzielen. Die Schweiz, die ihre Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe besonders stark auf die Bedürfnisse armer Bevölkerungsgruppen ausrichtet, [konnte beträchtliche Erfolge und Wirkung erzielen](#), sei es bei der Bildung, Gesundheit, Ernährungssicherung und beim Zugang zu Wasser oder bei der ländlichen Entwicklung und der Förderung eines starken, innovativen und nachhaltigen lokalen Privatsektors.

ZIELE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Helvetas plädiert dafür, dass die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz drei Ziele verfolgt:

Grundbedürfnisse sichern: Mittels kurzfristiger Nothilfe und langfristig angelegter Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht die IZA sicheren Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheit und Nahrung – alles Menschenrechte. Gemeinsam mit der lokalen Zivilgesellschaft und Akteuren aus dem Privatsektor fördern öffentliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) technische und finanzielle Dienstleistungen, um die Lebensbedingungen und den Umgang mit extremen Wetterereignissen in ländlichen und städtischen Gebieten zu verbessern (Klimaresilienz).

Perspektiven schaffen: Damit arme Menschen Zugang zu würdiger Arbeit und Verdienstmöglichkeiten erhalten, fördert die IZA die Grundbildung, die Berufsbildung und die Entwicklung des lokalen Privatsektors. Benachteiligte Jugendliche stehen dabei besonders im Fokus, um eine angemessene Grund- und Berufsbildung sowie lebenspraktische Fertigkeiten zu erlangen. Die IZA trägt ausserdem dazu bei, Migration zwischen den Ländern des Südens sicherer zu machen und Menschen vor Missbrauch zu schützen.

Mitbestimmung stärken: Die IZA gibt Frauen und Männern, Migrierenden und Geflüchteten im Rahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit eine Stimme und ermöglicht zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem lokalen Privatsektor, sich wirkungsvoll in Entscheidungsprozesse einzubringen. Ebenfalls stärkt die IZA die Fähigkeiten staatlicher Institutionen, Dienstleistungen für alle zu erbringen und Rahmenbedingungen auszuarbeiten, die Ungleichheit reduzieren, den sozialen Zusammenhalt stärken und die Migration würdevoller und sicherer machen.



Drei Ziele der IZA

Abgeleitet von den drei Zielen schlägt Helvetas vor, dass sich die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz auf fünf Themenschwerpunkte konzentriert.

Gesunde und ausreichende Ernährung

Laut der Welternährungsorganisation der UNO (FAO) befindet sich die Welt an einem «kritischen Punkt»: Jeder zehnte Mensch, über 800 Millionen Männer, Frauen und Kinder – oder 100-mal die gesamte Bevölkerung der Schweiz – leiden jeden Tag an Hunger. Über zwei Milliarden Menschen sind von Mangelernährung betroffen, sind also unterernährt oder fehlernährt. Es ist offensichtlich, dass Thema Ernährungssicherheit wird in den nächsten Jahren deutlich mehr finanzielle Mittel erfordern.

Mit dem Ukrainekrieg zeigen sich die Schwächen der industriellen Landwirtschaft und des international stark vernetzten Ernährungssystems. Viele Länder im Nahen Osten und in Afrika, aber auch in anderen Weltregionen, sind [enorm abhängig von Weizenimporten](#) aus der Ukraine und Russland. Russland ist ausserdem führend bei Produktion und Export von Kunstdünger und wichtiger Lieferant von Ausgangsstoffen wie Kali, Phosphat und Erdgas, das andere Länder für die Düngerherstellung brauchen. Der Krieg treibt die Preise für Getreide, Pflanzenöle und Milchprodukte, aber auch für Treibstoffe und künstlichen Dünger in die Höhe. [Verantwortlich für die Preisanstiege](#) sind Unterbrüche im internationalen Handel, Exportstopps durch Produktionsländer und Spekulation.

Da immer mehr Menschen auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind, braucht es kurzfristig mehr humanitäre Hilfe. Sofort notwendig sind [mehr Mittel für das UNO-Welternährungsprogramm](#) (WFP) zum Kauf von Getreide. Gleichzeitig muss in die soziale Absicherung investiert werden, um die gravierenden Folgen der steigenden Lebensmittelpreise für arme Haushalte

abzufedern. Es braucht Renten für ältere Menschen, Kindergelder und Einkommensunterstützung, damit die Menschen das nötige Essen kaufen können. Denkbar sind auch Versicherungen gegen klimabedingte Ernteaussfälle oder den Tod von Herdentieren. Im Rahmen längerfristig angelegter Programme geht es darum, benachteiligten Menschen einen angemessenen, gesicherten und gleichberechtigten Zugang zu Trinkwasser und Wasser für die Bewässerung in der Landwirtschaft sowie zu sanitären Einrichtungen und Hygiene zu gewährleisten. Ebenfalls muss der breite Zugang zu natürlichen Ressourcen und Land sowie zu technischen und finanziellen Dienstleistungen und lokalen Märkten gefördert werden.

Die industrielle Landwirtschaft ist ein entscheidender Verursacher von Klimagasen – insbesondere durch die Rodung von Wäldern für riesige Plantagen und Futtermittelanbau für den Export. Auch der Einsatz von Mineraldünger, die industrielle Massentierhaltung und der Methangasausstoss von Wiederkäuern schlagen zu Buche. Gleichzeitig sind die Bäuerinnen und Bauern die Ersten, die unter den Folgen der Klimakrise leiden, speziell in Entwicklungsländern. Hitzewellen, Starkregen und Zyklone zerstören Ernten. Dürren und Auslaugung der Böden gefährden die Produktion langfristig. Deshalb gilt es, die nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln stärker zu fördern. Mit [agrärökologischen Methoden](#), lokalem Saatgut und vielfältigem Anbau können der Einsatz von chemischem Dünger und die Abhängigkeit von internationalen Märkten verringert und gleichzeitig ausreichend und gesündere Lebensmittel produziert werden.

Politikkohärenz: Eigentlich [gäbe es genug Nahrungsmittel, um alle Menschen zu ernähren](#). Das Problem ist aber: Auf rund einem Drittel der weltweiten Anbaufläche wird Viehfutter – vor allem für den Export in reichere Länder mit industrieller Fleischproduktion – angebaut. Ein Zehntel des weltweit verbrauchten Getreides und Maises wird für Agrosprit verwendet, anstatt Menschen zu ernähren. Und ein Drittel der Nahrungsmittel wird verschwendet, landet also im Abfall oder verdirbt auf Feldern.

Für eine gerechte Ernährung (Food Justice) müssten daher weltweit und in der Schweiz [drei Hebel in Bewegung gesetzt werden](#): Erstens sollten wir die industrielle Fleischproduktion zurückfahren und weniger tierische Erzeugnisse essen, um die für Tierfutter benötigte Getreidemenge zu vermindern. Zweitens gilt es, die Agrarpolitik sozialer und ökologischer auszugestalten – zum Schutz des Klimas und der Biodiversität, aber auch um die Eigenständigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion und der Herstellung und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln (Ernährungssouveränität) in ärmeren Ländern auszubauen. Und drittens muss die Lebensmittelverschwendung verringert werden.

Dazu reicht es nicht, die Landwirtschaftspolitik anzupassen. Es braucht gleichzeitig Anpassungen in der Umwelt- und Klimapolitik sowie in der Handels- und Gesundheitspolitik. Erste Schritte sind getan: Am UNO-Gipfel zu Ernährungssystemen 2021 setzte sich die [Schweizer Delegation für die Umsetzung der 13 Prinzipien von Agrarökologie](#) ein. Dann im Sommer 2022 zeigte der Bundesrat im Rahmen seines Berichts «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» Wege auf, wie er die schweizerische Landwirtschaftspolitik in Richtung einer ganzheitlichen und kohärenten Politik für gesunde Ernährung und weltverträgliche Lebensmittelproduktion weiterentwickeln will. Bereits in der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und nun in seiner [«Strategie für nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft»](#) wird Agrarökologie als erfolgsversprechender Weg und relevanter systemischer Ansatz für die Transformation hin zu widerstandsfähigen und nachhaltigen Ernährungssystemen anerkannt. Erstens sollen Böden und Wasser schonend genutzt werden. Zweitens sollen klima-, umwelt- und tierfreundliche Lebensmittel gefördert werden. Drittens sollen nachhaltige Wertschöpfung und nachhaltiger Handel gestärkt und viertens nachhaltiger Konsum begünstigt werden. Die Richtung stimmt. Nun gilt es, diese [Massnahmen entschieden, sozialgerecht und wirtschaftsverträglich](#) umzusetzen.



© KEYSTONE/BIOSPHOTO/Dominique Delfino

Umschlagplatz für Güter und Rohstoffe: Der Seehafen von Mahajanga in Madagaskar.

Klimaanpassung und Resilienz

Der [aktuelle Bericht des Weltklimarats](#) (IPCC) zeigt, wie verheerend die Auswirkungen der Erderwärmung klimaexponierte Länder und Menschen treffen. In armen Regionen starben im letzten Jahrzehnt 15-mal mehr Menschen wegen Fluten, Dürren oder Stürmen als in wohlhabenden Gegenden. Ungefähr 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen sind so verletzlich, dass sie sich vor den Folgen der Klimaveränderung kaum schützen können.



Überschwemmungen zerstören die Lebensgrundlagen in Bangladesch.

© Alexa Mekonen
Die Klimaveränderung schafft Ungerechtigkeit: Den Auswirkungen von Dürren, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen sind arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern unverschuldet ausgesetzt. Es fehlt an Ressourcen und Widerstandskraft, um den Auswirkungen des Klimawandels wirkungsvoll zu begegnen.

Der Klimawandel ist nicht einfach ein ökologisches Problem, sondern hat Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche. Er beeinträchtigt die Verfügbarkeit von Wasser, verschlechtert die Ernährungssi-

cherheit und richtet immer grössere [wirtschaftliche Schäden](#) an. Reichere Länder sind aufgefordert, ihre Anstrengungen im Klimaschutz zu verdoppeln und gleichzeitig deutlich mehr Unterstützung für die betroffenen Menschen im Globalen Süden zu leisten.

Immer häufiger ergreift die IZA Massnahmen, die die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen dabei unterstützen, sich besser auf Krisen vorzubereiten und sich der Klimaveränderung anzupassen, um ihre Folgen mildern zu können. Dazu gehören zum Beispiel der Einsatz von hitzetolerantem Saatgut und wassersparende Bewässerungsmethoden in der Landwirtschaft, die Nutzung von Küstendeichen und Wasserreservoirs, damit sich die Menschen vor Hochwasser und Trockenheit schützen können, oder Aufforstung, um Bodenerosion und Erdbeben vorzubeugen.

Ausgebaut werden muss die Katastrophenvorsorge (Disaster Risk Reduction, DRR). Für jeden in Vorsorge investierten Franken lassen sich [zwischen 4 und 15 Franken](#) in der Katastrophen-Nothilfe

Politikkohärenz: Die Schweiz weist einen sehr [grossen Klimafussabdruck pro Kopf](#) auf. Im Sinne von Klimagerechtigkeit (Climate Justice) muss die Schweiz daher ihre Bemühungen in Richtung Klimaneutralität im Inland vorantreiben und darauf verzichten, den zu hohen Emissionsausstoss und mangelnde Klimaschutzbemühungen über den Zukauf von Reduktionszertifikaten im Ausland wettmachen zu wollen. Gleichzeitig sollte die Schweiz rasch eine verursachergerechte, zweckgebundene Flugabgabe einführen, wie dies viele andere Länder bereits kennen und wie sie [von der Schweizer Bevölkerung unterstützt](#) würde. Damit könnten in Entwicklungsländern dringend notwendige Anpassungs- und Klimaschutzmassnahmen finanziell unterstützt werden.

Um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen, spielen Schweizer Unternehmen eine herausragende Rolle. Was die Klima-Allianz [bereits vor Jahren gesagt hat](#), bestätigt nun auch die jüngst publizierte [Studie «Klimastandort Schweiz» von McKinsey und Economiesuisse](#): Das schweizerische Wirtschafts- und Finanzzentrum beeinflusst global ein Vielfaches der Inlandsemissionen der Schweiz. Die Vergangenheit hat gezeigt: Um ausreichende Verbesserungen zu erzielen, reichen Freiwilligkeit und Eigeninitiative der Wirtschaft nicht aus. Der Bund ist daher aufgefordert, klare Anreize, Regeln und Mindestanforderungen – und damit den Rahmen für nachhaltige Entwicklung – zu setzen.

sparen. Dank Fortschritten in der Auswertung von Wetter- und Klimadaten und besserer Prognosetechnik sind heute über 50 Prozent der Extremwetterereignisse vorhersehbar. Gefordert ist eine verstärkte Kultur der Prävention. Katast-

rophenvorsorge beinhaltet mehr als technische Komponenten, sie ist ein politisches Handlungsfeld: [Es geht um strukturelle Ungleichheiten](#), da marginalisierte Gruppen den Folgen von Extremwetterereignissen oft ungeschützt gegenüberstehen.

Lokale wirtschaftliche Entwicklung

Die Bevölkerung in Ländern Afrikas, Asiens und im Nahen Osten wächst. Dabei sind schon heute viel zu viele Frauen und Männer unterbeschäftigt, in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder ohne Arbeit. Rund 40 Prozent der Weltbevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Millionen junger Menschen brauchen also Verdienstmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven, damit die Jugendarbeitslosigkeit, die während der Coronakrise zusätzlich anwuchs, nicht noch weiter ansteigt.

Seit jeher unterstützt die Schweiz im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit

Klein- und Kleinunternehmen und hilft dabei, regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Zum Beispiel im Bereich emissionsarmer Technologien und erneuerbarer Energien oder in der Agrar- und Ernährungswirtschaft – von der Ernte und der Verarbeitung über den Transport und die Vermarktung bis zu Entsorgung. Mittels gezielter Wirtschaftsförderung können die Lebensbedingungen für arme Bevölkerungsteile nachhaltig verbessert und zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dieses Engagement gilt es auszubauen.

Politikkohärenz: Nachdem viele europäische Länder in den letzten Jahren Gesetze eingeführt haben, um Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards weltweit zu verpflichten, hat Ende Februar 2022 auch die EU-Kommission ein EU-weites Konzernverantwortungsgesetz vorgestellt. Dieses enthält eine breite Sorgfaltsprüfungspflicht sowie einen wirksamen Durchsetzungsmechanismus. Die Schweiz könnte bald das einzige Land in Europa ohne griffige Unternehmensverantwortung sein. Hier gilt seit Anfang 2022 der wenig ambitionierte Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Damit die Schweiz nicht bald im Abseits steht, [braucht sie ein Konzernverantwortungsgesetz](#), das Firmen, die in ärmeren Ländern tätig sind, eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz auferlegt.

Häufig [verschieben multinational tätige Unternehmen ihre Gewinne aus Entwicklungsländern](#) in den reichen Norden. Die Praxis ist weitverbreitet und nicht zwangsläufig illegal. Sie ist aber ungerecht, indem sie globale Steuergerechtigkeit (Tax Justice) unterminiert. Umgehen Firmen so Steuern, werden den Produktionsländern im Süden für deren nachhaltige Entwicklung dringend benötigte Steuereinnahmen entzogen, was die weltweite Ungleichheit verstärkt. Jährlich werden rund 80 Milliarden Euro Gewinne aus Entwicklungsländern in Tiefsteuergelände wie die Schweiz verschoben. Das ist weit mehr als die Hälfte der jährlichen globalen Ausgaben in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Will die Schweiz die lokale Wirtschaft in ärmeren Ländern unterstützen, gilt es also auch, die Anstrengungen zur Eindämmung konzerninterner Gewinnverschiebungen aus dem Globalen Süden in Richtung Schweiz deutlich auszuweiten. Nach wie vor rangiert die Schweiz in den Top Ten, wenn es um [Steuerumgehung und finanzielle Verschwiegenheit](#) geht.

Der lokale Privatsektor muss im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter unterstützt werden, mit klarem Fokus auf Kleinst-, kleinen und mittelgrossen, lokal verankerten Unternehmen. Ziel ist, dass diese nachhaltig wachsen, effizienter produzieren, die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen verbessern und Männer und Frauen gleichberechtigt beschäftigen. In der Produktion ebenso wie im Handel müssen würdige und existenzsichernde Verdienstmöglichkeiten geschaffen und dabei soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Die Wirtschaftsförderung muss gezielt auch auf ländliche Entwicklung einschliesslich weniger bedeutender Städte und regionaler urbaner Zentren (Secondary Cities) ausgerichtet werden, um dort Perspektiven zu schaffen.

Wirkungsvolle Kooperationen mit Schweizer Unternehmen haben grosses Potenzial. Die Zusammenarbeit setzt aber voraus, dass die Firmen ihre Interessen mit gesellschaftlicher Verantwortung verknüpfen und strenge soziale und ökologische Kriterien gemäss UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die [OECD Guidelines for Multinational Enterprises](#) einhalten. Die Leitsätze geben Empfehlungen für verantwortliches Unternehmensverhalten bezüglich Transparenz, Umwelt, Korruption, Verbraucherschutz, Technologietransfer und Steuern. Sie beziehen sich auf internationale Vereinbarungen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die ILO-Kernarbeitsnormen.

Flucht und Migration

Der häufigste Grund, warum Menschen ihr Land verlassen, ist Arbeit. Doch immer mehr Menschen müssen ihre Heimat auch wegen Kriegen und Naturkatastrophen zurücklassen. Noch vor einem Jahrzehnt gab es nur halb so viele Flüchtlinge. Angetrieben durch langwierige Konflikte oder neue Wellen von Gewalt in Ländern wie Äthiopien, Burkina Faso, Myanmar, Nigeria, Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo ist die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen stark

angestiegen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine lässt die Zahl der Vertriebenen weltweit [auf mehr als 100 Millionen ansteigen](#).

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen, die von verheerenden Stürmen und Überschwemmungen, Dürren und Desertifikation oder dem Meeresspiegelanstieg betroffen sind, [weiter anwachsen](#). Allein 2021 führten klimabedingte Extremwetterereignisse zu rund



© Patrick Rohr

Mit knapp einer Million Rohingya ist das Flüchtlingslager in der Region Cox's Bazar in Bangladesch heute das grösste der Welt.

23,7 Millionen Binnenvertreibungen, vor allem in der asiatisch-pazifischen Region. Die IZA ist und bleibt bei Vertreibung und Migration wichtig, wenn es darum geht, die Not von Flüchtlingen zu lindern und bessere Bedingungen für Migrierende zu erreichen.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein Schlüssel für Stabilität und Sicherheit. Sie ermöglicht Menschen in ihren eigenen Ländern ein Auskommen und schafft damit Lebensperspektiven vor Ort. Mit ihren langfristig angelegten Programmen (Schul- und Berufsbildung, Gesundheitsförderung und Wasserversorgung, Förderung lokaler Wertschöpfungsketten und Privatsektor-Entwicklung, Anpassung an die Folgen des Klimawandels etc.) trägt Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich dazu bei, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen zu schaffen, die sich mindernd auf Migrationsursachen auswirken. Daneben braucht es weiterhin gezielte Massnahmen und Projekte im Migrationsbereich. Diese tragen dazu bei, dass die Sicherheit in der Migration, der Schutz vor Ausbeutung und Missbrauch in Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländern und speziell auch die Durchsetzung

fairer und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen (Decent work) in der armutsbegründeten Süd-Süd-Arbeitsmigration gewährleistet sind.

Mit ihren Programmen zur Stärkung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft sowie zur Förderung einer guten, das heisst verantwortungsvollen, transparenten und korruptionsfreien Regierungsführung sowie von Demokratie und Frieden reduziert die IZA Fluchtursachen. Allerdings sind deren Möglichkeiten in den Asyl-Herkunftsländern, wo es zu Verfolgung, Gewaltkonflikten, Menschenrechtsverletzungen, Repression etc. kommt, beschränkt. Deshalb braucht es zur Linderung der Not von Vertriebenen vor Ort und unterwegs Unterstützung und humanitäre Hilfe. Deren Akteure sollen Menschen vor Gewalt schützen, ihnen temporäre Unterkunft gewährleisten und später mittels Wiederaufbauarbeit Voraussetzungen für Entwicklung schaffen.

Politikkohärenz: Ein entscheidender «Hebel», den die Schweiz ansetzen kann, um mögliche Migrationsursachen zu lindern, ist, dass sie ihre Aussenwirtschaftspolitik gegenüber ärmeren Ländern entwicklungsfördernd ausgestaltet – so, dass die Schweiz deren nachhaltige Entwicklungschancen nicht schmälert, sondern im besten Fall verbessert. Dazu gehören menschenrechtskonforme Freihandelsverträge und Importvorschriften für Nahrungs- und Futtermittel zugunsten der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern ebenso wie [Konzernverantwortung](#) und die Bekämpfung von Geldwäscherei. Nach wie vor ist die Schweiz ein [Zufluchtsort für Schwarzgeld aus Entwicklungsländern](#).

Neben einer Aussenwirtschaftspolitik, die nachhaltige Entwicklung und Lebensperspektiven in ärmeren Ländern begünstigt, sollte die Schweiz den «Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration», den die Weltgemeinschaft 2018 verabschiedet hat, unterstützen. Weil das [Parlament den Beitritt blockiert](#), ist die Schweiz nicht Teil des Migrationspakts, der dazu beiträgt, Migration fair und menschenwürdig zu gestalten. Wie wichtig und dringend der Migrationspakt ist, verdeutlicht ein Blick auf die unmenschlichen Zustände und Menschenrechtsverletzungen in den Rohingya-Flüchtlingslagern oder an den EU-Aussengrenzen. Aber auch auf den Migrationsrouten in Afrika und in Osteuropa, bei der Arbeitsmigration in die Golfstaaten oder auf der beschwerlichen Route von Süd- nach Nordamerika.

Demokratie und Zivilgesellschaft

Autoritäre Regime werden immer effektiver darin, Normen und Institutionen, die die grundlegenden Freiheiten garantieren, zu unterwandern. In den vergangenen zehn, zwanzig Jahren verloren die [politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten](#) weltweit jedes Jahr an Boden – auch in vielen Demokratien. Nur noch 20 Prozent der Weltbevölkerung lebten 2021 in einer «freien Welt», 2005 waren es noch 46 Prozent. Autoritäre Regierungen schränken die Grund- und Freiheitsrechte der Bevölkerung, speziell jene von Minderheiten und Andersdenkenden, ebenso wie die Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, ein. Vielerorts wird der politische Spielraum von NGO und deren Zugang zu angemessenen Ressourcen eingeschränkt (Shrinking civic space).

Mit Internet und sozialen Medien ist die Wahrheit so manipulierbar und käuflich geworden wie nie zuvor. Fake News, Propaganda und politische Verunglimpfung werden gezielt eingesetzt, um demokratische Institutionen zu destabilisieren und Gegner zu schwächen. Besonders deutlich wird die Macht des Cyberspace aktuell in Russlands Kriegsführung gegen die Ukraine. Dabei sind gute Regierungsführung (Good Governance) und

die Stärkung von Demokratie, Frieden und Geschlechtergleichstellung unabdingbare Voraussetzungen für weltweite Chancengleichheit. Dazu gehört die Korruptionsbekämpfung ebenso wie die Partizipation der Bevölkerung oder die Stärkung der Zivilgesellschaft und lokaler NGO. Diesen Punkten gilt es in der künftigen Internationalen Zusammenarbeit noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Vergangenheit zeigt, dass sich autoritäre Regime in erster Linie auf Druck der eigenen Bevölkerung zu gerechteren, im besten Fall demokratischen Systemen wandeln. Daher müssen zivilgesellschaftliche Organisationen, die diesen Druck entfalten und aufrechterhalten können, stärker gefördert werden. Dazu braucht es neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit insbesondere private Entwicklungsorganisationen, die mit der Zivilgesellschaft und lokalen NGO in den Partnerländern eng zusammenarbeiten. Es geht um eine schrittweise Erweiterung des Spielraums der lokalen Zivilgesellschaft durch Befähigung und anwaltschaftliche Arbeit. Dazu gehören das Recht auf Meinungsäußerung, die Möglichkeit politischer Teilhabe und eine gesicherte rechtliche Grundlage für die Arbeit von NGO.



© Felana Rajaonarivelo

Im Dorf Ambobaka in Madagaskar tauschen sich Arnaud Donatien und Herr Ernaud über ländliche Elektrifizierung aus.

Politikkohärenz: Damit die Menschenrechts- und Friedensarbeit innerhalb der IZA ihre volle Wirkung erzielt, muss der Bundesrat gleichzeitig in seinen ausserpolitischen Beziehungen mit Regierungen transparente und rechenschaftspflichtige Staatsführung und die Einhaltung der Menschenrechte einfordern, speziell gegenüber autoritären Regimen und Machthabern in fragilen Staaten. Dies mit der Absicht, dass sich Rechtsstaatlichkeit, Partizipation der Bevölkerung und eine leistungsfähige Verwaltung, die ihrer Bevölkerung den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen sichert, verbessern.

Ebenfalls gilt es für die Schweiz, die [zwei Jahre im UNO-Sicherheitsrat](#) zu nutzen und echte Verbesserungen anzustossen: Mit aller Kraft muss sich die Schweiz für die Bekämpfung der aktuellen Hunger- und Ernährungskrise einsetzen und die notwendige [Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland](#) vorantreiben, wie der Bundesrat dies in seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 ausführt. Die Schweiz soll sich dafür stark machen, dass der Rat die [Auswirkungen der Klimaveränderung stärker in Sicherheitsüberlegungen miteinbezieht](#) und das Thema klimabedingter Migration stärker berücksichtigt. In Konfliktregionen muss sich die Schweiz in der Rolle als Vermittlerin und Friedensstifterin konsequent für den Schutz der Zivilgesellschaft und für den Zugang für humanitäre Hilfe einsetzen. Gleichzeitig soll sie ihre Guten Dienste anbieten, wo immer dies nötig und erwünscht ist. Damit die Schweiz als glaubwürdige und verlässliche internationale Akteurin wahrgenommen wird, muss sie bei der Umsetzung der Agenda 2030 und im Einsatz für das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte mit gutem Beispiel vorangehen.

Ohne sozialen Frieden gibt es keine nachhaltige Entwicklung: Die zunehmende [weltweite und innerstaatliche Ungleichheit](#) erodiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein fruchtbarer Nährboden für gewaltsame Konflikte. Daher sollte die Schweiz ihre Menschenrechts- und Friedensarbeit im Rahmen

der IZA ausbauen. Dazu gehören Konfliktprävention, das Beilegen von Konflikten und die nachhaltige Friedenssicherung ebenso wie das Engagement in der Bekämpfung von Menschenhandel oder das Begleiten von Wahlen und demokratischen Prozessen.



© KEYSTONE/Alessandro della Valle

Pascale Baeriswyl, ständige Vertreterin der Schweiz bei den Vereinten Nationen, spricht vor der UNO.

« Die Schweiz sollte mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. »

Die Schweiz hat grosses Interesse daran, dass die Akteure der Internationalen Zusammenarbeit wirkungsvoll zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beitragen können. Denn auch unser eigenes Wohl hängt davon ab, dass es gelingt, die grossen globalen Herausforderungen anzugehen. Die Schweiz sollte mindestens [0,7 Prozent](#) des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die IZA einsetzen. Das internationale Bekenntnis zu diesem Zielwert steht seit den 1970er Jahren und wurde mit der Zustimmung der Schweiz zur Agenda 2030 erneuert. Derzeit ist die Schweiz weit davon entfernt: 2021 betrug die öffentliche [Entwicklungszusammenarbeit 0,51 Prozent](#) der schweizerischen Wirtschaftsleistung, wovon allerdings knapp 10 Prozent für die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Schweiz verwendet wurden.

Weil sich die humanitären Krisen gegenwärtig überall auf der Welt verschärfen, steigt der [Bedarf an Humanitärer Hilfe kontinuierlich](#). Auch die Schweiz ist gefordert, ihr humanitäres Engagement auszubauen. Dies darf aber unter keinen Umständen auf Kosten der langfristig angelegten und nachhaltig wirkenden Entwicklungszusammenarbeit oder von menschenrechts- und friedenspolitischen Massnahmen geschehen. Die Schweiz darf z.B. die Nothilfe für Menschen in Kriegen und anderen Katastrophen nicht auf Kosten der langfristigen Bekämpfung von extremer Armut und Hunger finanzieren.

Im Verbund mit den anderen Industrieländern hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, [zusätzliche Mittel für die internationale Klimafinanzierung](#) bereitzustellen: Zum einen, weil die weltweite [Bekämpfung der Klimakrise keinen weiteren Aufschub erlaubt](#). Zum anderen, weil offen-

sichtlich ist, dass die Unterstützung beim Klimaschutz und in der Klimaanpassung in ärmeren Ländern gut investiertes Geld ist. Bereits heute hat die Nahrungssicherheit wegen Dürren und Überflutungen abgenommen. Klima- und Wetterextreme zwingen immer mehr Menschen dazu, ihr Zuhause zu verlassen. Und [mit jedem Zehntelgrad Erwärmung nehmen die Risiken zu](#).

Im Frühsommer hat das Parlament einer milliardenschweren Aufstockung der Armeeausgaben auf 1 Prozent des BNE bis 2030 zugestimmt. Laut Berechnungen des Finanzdepartements könnten die Ausgaben von heute jährlich 5,3 Milliarden [auf geschätzte 9,4 Milliarden Franken im Jahr 2030 ansteigen](#). Andere Budgetposten könnten dadurch unter Druck geraten. Statt jedoch am globalen Wettrüsten teilzunehmen, wäre eine umfassende Entwicklungs- und Friedenspolitik zielführender. Instabilität und Krieg sind oft nur Symptome tiefer liegender politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Krisen.

Hier – bei der Armut- und Hungerbekämpfung, der Förderung von Demokratie und Frieden, der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Zivilgesellschaft ebenso wie bei einer menschenwürdigen Ausgestaltung von Migration, dem gemeinsamen Streben nach einer klimaneutralen Welt und bei der Suche nach multilateralen Lösungen für globale Herausforderungen – kann die Schweiz positive Veränderungen anstossen. Und als kleiner Player der internationalen Staatengemeinschaft Grosses bewirken.

« Wer über Internationale Zusammenarbeit kommuniziert, übernimmt Verantwortung. »

Laut einer [repräsentativen ETH-Umfrage](#) sind 55 Prozent der Schweizer Bevölkerung grundsätzlich der Meinung, dass die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden sollten. Werden die Befragten in Kenntnis gesetzt, dass sich die öffentliche Entwicklungshilfe pro Kopf und Jahr auf (lediglich) 350 Franken beläuft, steigt die grosse Unterstützung noch einmal deutlich auf 71 Prozent. Gleichzeitig fehlt es jedoch an Wissen über globale Armut und ihre Ursachen.

Obwohl die extreme Armut in den letzten Jahrzehnten um 50 Prozent zurückgegangen ist, glauben drei von vier Einwohnerinnen und Einwohnern, dass sie weltweit zugenommen habe. Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung kennen die UNO-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung nicht.

Unabhängig davon werden verschiedene entwicklungspolitische Massnahmen, die auch [Alliance Sud](#) und Helvetas immer wieder fordern, von der Bevölkerung unterstützt: 70 Prozent der Befragten sprechen sich für einen temporären Verzicht auf geistige Eigentumsrechte für Covid-19-Impfstoffe aus, um Produktion und Vertrieb in Entwicklungsländern voranzubringen. 90 Prozent der Befragten geben an, dass es wichtig sei, Schweizer Unternehmen zu verpflichten, ihre Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zu überprüfen. Schliesslich halten es 76 Prozent der Befragten für wichtig, Massnahmen zu ergreifen, um den hohen CO₂-Fussabdruck der Schweiz zu verringern.

In kaum einem anderen Land Europas wird pro Kopf mehr für Projekte zur globalen Armutsbekämpfung und der humanitären Hilfe gespendet wie in der Schweiz. Die Arbeit nicht gewinnorientierter Entwicklungsorganisationen findet in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz. Allein die von der ZEWO zertifizierten

Organisationen erhalten jährlich [durchschnittlich eine Spende von 80 Franken pro Einwohnerin und Einwohner](#).

Dennoch bestehen wenig konkrete Vorstellungen von der Wirkungsweise der Entwicklungszusammenarbeit und vom Kontext, in welchem sie stattfindet. Entwicklungspolitische Ziele wie die Veränderung politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den Partnerländern werden selten mit Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung gebracht. Der politische Diskurs über die Entwicklungszusammenarbeit und die Medienberichterstattung vernachlässigen Rolle und Verantwortung der Schweiz in der Welt und konzentrieren sich oft auf die Frage der Höhe der Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Helvetas ist überzeugt: [Wer über Internationale Zusammenarbeit kommuniziert, übernimmt Verantwortung](#) – für die Menschen, die dank der Zusammenarbeit ihre Lebensgrundlagen verbessern und für jene, die sich solidarisch zeigen. NGO, Medien, Politik und Behörden sind aufgefordert, ein differenziertes Bild der globalen Herausforderungen zu vermitteln. Strukturelle Ursachen von Armut und Ausgrenzung müssen kontextualisiert, Hintergründe und Zusammenhänge erklärt und erläutert werden. NGO sind gefordert, realistische Zielerwartungen an ihre Entwicklungsprojekte und ihre humanitäre Hilfe zu kommunizieren.



HELVETAS Swiss Intercooperation
Weinbergstrasse 22a
CH-8021 Zurich

helvetas.org